

Medien-Information

23. September 2015

DHB-Bundestagung - Justizstaatssekretär Schmidt-Elsaesser: „Sachgerechte Kriminalpolitik ist rational, ressourcenschonend und resozialisierungsorientiert“

DAMP. Schleswig-Holsteins Justizstaatssekretär Eberhard Schmidt-Elsaesser hat heute (23. September) die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachverbandes für Soziale Arbeit und Kriminalpolitik (DHB) zu ihrer diesjährigen Bundestagung in Damp (Kreis Rendsburg-Eckernförde) begrüßt. „Schleswig-Holstein verfolgt traditionell eine sachgerechte Kriminalpolitik, deren Angebote rational, ressourcenschonend und resozialisierungsorientiert sind.“ Der Justizstaatssekretär wies zugleich darauf hin, dass bei der ambulanten und stationären Resozialisierung in Schleswig-Holstein im Bundesvergleich in erheblichem Maße freie Träger eingebunden würden. „Aus unserer Sicht besteht in dem eingriffsintensiven Feld des Strafvollzugs eine besondere Notwendigkeit der Einbeziehung nichtstaatlicher Organisationen, soweit hier nichthoheitliche Aufgaben zu leisten sind“, erläuterte Schmidt-Elsaesser.

Mit Blick auf den Kabinettsentwurf für ein Erwachsenenstrafvollzugsgesetz erklärte er weiter, dass Schleswig-Holstein dabei einige besondere Akzente setzen werde. Dies betreffe insbesondere Normen zur verpflichtenden Umsetzung von opferorientierten Wiedergutmachungsmaßnahmen - Stichwort: Täter-Opfer-Ausgleich im Vollzug - sowie die Verpflichtung zu einer stärkeren Familienorientierung im Vollzug. Schmidt-Elsaesser: „Gerade dieser Punkt ist angesichts einer lange viel zu wenig beachteten sekundären Opferwerdung der Kinder von Inhaftierten ein deutlich stärker zu beachtendes Arbeitsfeld. Dies gilt für den geschlossenen Vollzug, für die Bewährungs- und Gerichtshilfe und für die freie ambulante Straffälligenhilfe. In deren Zuständigkeitsbereich leben Familien und Kinder von Inhaftierten, die Unterstützung benötigen.“ Es erhöhe auch die Chancen der Resozialisierung von Straftätern, so der Staatssekretär.

Die DHB-Bundestagung vom 23. - 25. September in Damp steht unter dem Motto“ Im Norden zu neuen Horizonten – Kriminalpolitik gestalten, Inhaftierungen vermeiden, Straffälligenhilfe ausbauen.“